

Die klassenkämpferische Kraft -
konsequent in Gewerkschaft, Betrieb & AK!

KOMintern
Kommunistische
Gewerkschaftsinitiative - International

Für eine armutsfeste Mindestsicherung!

Die Mindestsicherung wird von Schwarz und Blau seit 2015 aufgrund ihrer angeblich „explodierenden Kosten“ (zunächst auf Länderebene, jetzt als zentrales Koalitions-Liebblingsprojekt) demoliert, mit drastischen Einschnitten, Leistungskürzungen und -deckelungen sowie verschärftem Druck auf die BezieherInnen und offen fremdenfeindlichen Bestimmungen.

Dabei liegen die Aufwendungen der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ (BMS) bei unter 1% (!) der österr. Sozialbudgets. Die politischen und medialen Fake-News zur BMS ließen indes die Alltagsschätzun-

gen der Menschen auf völlig falsche angebliche rund 40% (!) der Sozialausgaben emporklettern. Ein Paradebeispiel, wie man mit geballtem sozial-reaktionären Dauerfeuer die Wirklichkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein entstellt.

Der gesellschaftliche Skandal sind also nicht die Mindestsicherungs-BezieherInnen, sondern sind die skandalös niedrigen Löhne, von denen die Menschen nicht leben können, die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit und das ungenügenden Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe.

Die von Kurz & Strache beschlossenen Kürzungen sind armutsfeindlich, kinderfeindlich und rassistisch. Wenn ein Kind kleinere Geschwister hat, dann bekommen die Eltern für diese in Zukunft



weniger Geld. Wer keinen Pflichtschulabschluss oder keine B1-Deutschkenntnisse nachweisen kann, muss sich mit mickrigen 563 € im Monat durchschlagen – ein Betrag, mit dem man in Österreich unmöglich über die Runden kommen kann! Gleichzeitig kürzt die Regierung bei den AMS-Geldern für Sprachkurse. Subsidiär schutzberechtigte Menschen werden überhaupt aus der „Mindestsicherung Neu“ ausgeschlossen und in die Grundversorgung gedrängt.

Wer profitiert? Vor allem die Immobilienkonzerne, da



KOMintern kandidiert.

nun für höhere Mieten höhere Sachleistungen gezahlt werden, die 1 zu1 den Vermietern zugutekommen, und die Unternehmer, die aus diesem staatlich befeuerten Lohndumping Gewinne ziehen.

Aber auch die vormalige Mindestsicherung hat für ein existenzsicherndes Leben gar nicht ausgereicht. Sie muss also, anstatt sie zusammenzustutzen, im Gegenteil vielmehr über ihre bisherige Ausgestaltung hinaus weiterentwickelt werden!

Und dies im objektiven Gesamtinteresse aller Arbeitenden – denn der Kampf um die Anhebung der Mindestlöhne wird ohne gleichzeitiges Eintreten für eine armutsfeste Mindestsicherung nicht entscheidend vorankommen.

KOMintern fordert:

Ein konsequentes und kämpferisches Nein gegen die sozial-reaktionäre, rassistische schwarz-blaue Mindestsicherungs- „Reform“!

Für eine armutsfeste Ausrichtung der Mindestsicherung von mind. 1.240* Euro netto!

(* 60% des Medianeinkommens, 12 x im Jahr: Armutsgefährdungsgrenze nach EU-SILC)

FAKTENBOX

Im Schnitt sind:

- 9 % der MindestsicherungsbezieherInnen erwerbstätig und müssen ihr Einkommen aufstocken,
- insges. über 70% „Aufstocker“, d.h. sie beziehen so wenig Gehalt, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe und bekommen BMS dazu
- 8 % nicht arbeitsfähig,
- 5 % in Kinderbetreuung oder Angehörigenpflege,
- 7 % SchülerInnen über dem Pflichtschulalter
- 31 % Vorschul- und Pflichtschulkinder oder im Pensionsalter
- 5% befinden sich in Abklärung ihrer Arbeitsfähigkeit, warten auf eine Arbeitserlaubnis oder absolvieren ein Integrationsjahr.

Die Gründe für Arbeitslosigkeit reichen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, einem langfristigen Produktivitätsfortschritt ohne Arbeitszeitverkürzung bis hin zu nicht (mehr) nachgefragten Qualifikationen. Knapp ein Viertel der Arbeitslosen ist gesundheitlich beeinträchtigt (24%), fast jeder Dritte (3 %) über 50 Jahre und hat dadurch kaum Chancen am Arbeitsmarkt.

2017 betrug die durchschnittliche Bezugsdauer der Mindestsicherung 8,5 Monate, 17% bezogen sie maximal 3 Monate und 32% maximal ein halbes Jahr. Die durchschnittliche Höhe der Mindestsicherung betrug 606 Euro,- pro Monat. Mindestsicherung wird maximal 12 Mal im Jahr ausbezahlt. Eine „soziale Hängematte“ sieht anders aus!